

Die SPD-Spitze ist mit ihrer Forderung nach einer Begrenzung des Zuzugs von Aussiedlern unter Beschuß geraten. Außer CDU/CSU und FDP üben auch Bündnis 90/Die Grünen scharfe Kritik an der Position der Sozialdemokraten. Wie es in einem Papier der Bundesregierung heißt, sei eine „generelle und nennenswerte Belastung des Arbeitsmarkts“ durch den Aussiedler-Zuzug „nicht beweisbar“. Nur die Hälfte der Aussiedler – also etwa 100 000 jährlich – seien Arbeitnehmer. Vielfach nähmen die Zuwanderer Stellen an, die bei einheimischen Arbeitnehmern nicht gefragt seien. Weiter heißt es: „Die arbeitende Generation der Spätaussiedler finanziert nicht nur die Renten der älteren Aussiedlergeneration, sie trägt darüber hinaus zur Finanzierung der Renten der einheimischen Bevölkerung bei“. (SZ)

## Aussiedler und Einwanderungspolitik

# Spiel mit dem Feuer

Nicht Sündenböcke, sondern überzeugende Konzepte sind gefragt

Von Klaus J. Bade

Oskar Lafontaine hat mit seiner Intervention in Sachen Aussiedlerpolitik Einwanderungsfragen wieder zum Thema gemacht, denn Aussiedler sind Einwanderer – nicht im rechtlichen, aber im sozialen, kulturellen und mentalen Sinne. Es wäre indes eine gefährliche Verwechslung von Ursache und Wirkung, von der Aussiedlerzuwanderung oder gar von den Aussiedlern selbst als einem „Übel“ zu sprechen. Das Übel liegt in dem notorischen Mangel an konzeptioneller Gestaltung der Problemfelder von Migration und Integration.

Auch das schlichte Gegeneinanderrechnen von deutschen Arbeitslosen und zugewanderten Beschäftigten ist eine falsche Gleichung, deren populistischer Einsatz in der Ausländerdiskussion der 1980er Jahre verheerende Folgen hatte, von der Asylhysterie der späten achtziger und frühen neunziger Jahre ganz zu schweigen.

Die Zuwanderung von Aussiedlern hat das Ende der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg überdauert: Fast 1,6 Millionen passierten von 1951 bis Ende 1988 die Grenzdurchgangslager im Westen. Ihre Aufnahme vollzog sich im Stillen und geriet nur gelegentlich ins Licht der Öffentlichkeit, wenn etwa, wie im Falle Rumäniens, von finanziellen Gegenleistungen für die Gewährung der Ausreise die Rede war. Die beschwörende Erinnerung an die scheinbar unerfüllbaren Ausreisewünsche gehörte zum festen Repertoire bundesdeutscher Ostpolitik im Kalten Krieg. Unverhofft brachte der Fall des Eisernen Vorhanges dann massenhafte Wunscherfüllung und Angst vor neuen Wanderungswünschen im Osten: 1987 zogen die Aussiedlerzahlen scharf an, übersprangen 1988 knapp die Marke von 200 000 und erreichten bis Ende 1989 die Höhe von 377 055. Sie stiegen im Folgejahr nur, noch verhalten weiter (397 073) und gingen 1991, trotz hoher Antragszahlen, stark zurück (221 995). Damit begann die „Verstetigung“ auf hohem Niveau

(1992: 230 565, 1993: 218 888, 1994: 222 591, 1995: 217 898).

Zu den seit Jahren gleichbleibenden Zahlen trug ein ganzes Ursachenbündel bei: der deutsch-sowjetische Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit (9. 11. 1990), Siedlungsinitiativen, massive deutsche Hilfen für die Rußlanddeutschen in den Aussiedlungsgebieten, die beruhigende Wirkung („das Tor bleibt offen“) zunächst des Aussiedleraufnahmegesetzes (1. 7. 1990) und zuletzt des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes (1. 1. 1993). Bremswirkungen hatten aber auch der Bearbeitungsstau beim Bundesverwaltungsamt, Anerkennungsprobleme der in binationalen Ehen lebenden und aufgewachsenen Deutschen und vor allem im Zusammenhang des Asylkompromisses – der in Wirklichkeit ein viel weitreichenderer Migrationskompromiß war – ab 1993 die Kontingentierung der Aufnahmegesuche auf das durchschnittliche Jahresmaximum von 1991/92 (etwa 225 000) als Höchstgrenze.

Mit dem Aufstieg der Aussiedlerzuwanderung zur Massenbewegung wurde die Aussiedler-Integration zu einer gesellschaftlichen Herausforderung. Lange konnte die Eingliederung der deutschen Einwanderer aus dem Osten als ein geradezu mustergültiges Modellunternehmen gelten, empfehlenswert – aber nicht angewandt – zum Beispiel auch bei der Eingliederung ausländischer Einwanderer aus der früheren „Gastarbeiterbevölkerung“. Das hat sich unter wachsendem Haushaltsdruck dramatisch verändert. Hohe Aussiedlerzuwanderung bei fortschreitender Kürzung der Eingliederungshilfen aber ist gesellschaftspolitisch eminent gefährlich. Geradezu haarsträubend ist dabei die Verkürzung der Sprachkurse auf sechs Monate. Und das, obgleich die Deutschkenntnisse der neu zuwandernden Aussiedler immer schlechter werden und die angespannte Arbeitsmarktlage bei beruflicher Rückständigkeit und mangelnder Sprachfertigkeit nur wenig Chancen bietet gerade

für junge, im Eingliederungsprozeß immer häufiger enttäuschte und desorientierte Aussiedler.

Das gesellschaftliche Labor muß noch erfunden werden, in dem aus sozialistisch sozialisierten Rußlanddeutschen aus Kasachstan ohne deutsche Sprachkenntnisse innerhalb von sechs Monaten wettbewerbsfähige und flüssig im neuen Idiom parlierende Deutsche werden. Dazu wäre Dr. Faustus nötig – und der regiert nicht in Bonn. Soziale Dienste, Suchtberatungsstellen und Kriminalpolizei berichten von den Folgen falschen Sparens beim Abbau der Sprachbarrieren, in den Krisenzonen am Rande und außerhalb des Arbeitsmarkts, wo bekanntlich auch die russische Mafia mit Angeboten für Lebenszeitstellen aufwartet.

Nicht minder gefährlich ist die Delegation der Eingliederungskosten an die Kommunen, nämlich in Gestalt der Überweisung der Aussiedlerfamilien nach sechs Monaten an die Sozialhilfe, die Sache der Kommunen ist: Wenn dann für die einen das neue Schwimmbad a conto Aussiedlerintegration entfällt; wenn für die anderen die Sozialwohnung fehlt, aber nebenan vielleicht die beneidenswert schmucken Eigenheimsiedlungen der Rußlanddeutschen oder aber ihre beängstigend ghettoähnlichen Konzentrationen im Zuge von Kettenwanderung wachsen; und wenn dann in Lokalblättern russische Anzeigen auftauchen – dann wachsen nicht selten Sozialneid und Haß auf die fremden Deutschen aus dem Osten.

Erkennbar steigen aber auch die Spannungen und Konflikte zwischen jungen Aussiedlern und der zweiten beziehungsweise schon dritten hier lebenden Ausländergeneration. Das gilt besonders für die jungen „deutschen Türken“, die hier aufgewachsen sind, fließend deutsch sprechen und zuweilen sogar den radebrechenden Aussiedlern im Sprachkurs deutsch beibringen – damit die den Wahlzettel lesen können, den man selbst nicht ausfüllen darf.

Der gesellschaftliche Konflikt ist pro-

# Die fremden Deutschen



NEUE ALTE HEIMAT: Bonn will auch künftig pro Jahr etwa 200 000 Aussiedlern die Einreise ermöglichen.

Photo: AP

grammiert. Wer das Thema instrumentalisiert und dabei neue Feindbilder malt, der spielt mit dem Feuer. Wehe, wenn bei steigenden Arbeitslosenzahlen die Opferkonkurrenz, auch zwischen ausländischen und deutschen Einwanderern, über dem Pulverfaß Funken schlägt. Bei der Integration der fremden Deutschen aus dem Osten gewinnt mithin ein neues Eingliederungsproblem Brisanz, während die schon jahrzehntealte Eingliederung der einheimischen Ausländer noch immer nicht zufriedenstellend bewältigt ist.

Es geht um mehr Transparenz in der Gestaltung der anstehenden Probleme und um ein neutrales, langfristig zu entwickelndes, integrales und flexibles Steuerungssystem. Es sollte nicht wieder – wie beim „Asylkompromiß“ – hektisch improvisiert werden, wenn es unter dem Druck drohender Konflikte politisch unumgänglich geworden ist. Die Chance, die Aussiedlerzuwanderung – zum Beispiel über eine Stichtagsregelung von einem überschaubaren Termin an – als bevorzugte Gruppe in Einwanderungsgesetzgebung einzubeziehen, wurde im „Asylkompromiß“ 1992/93 vertan – aus Angst vor dem Thema „Einwanderung“ in Deutschland und aus Angst vor einer Torschlusspanik in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Das Versäumnis könnte noch immer nachgeholt werden, falls durch eine im längst überfälligen Einwande-

rungsgesetz verankerte besondere Quote für Aussiedler, die es in Gestalt der Kontingentierung der Aufnahmebescheide auf das durchschnittliche Jahresmaximum 1991/92 seit dem „Asylkompromiß“ eigentlich schon jetzt gibt.

Die jährliche Zahl der seit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 „Spätaussiedler“ genannten Rückwanderer über Generationen hinweg aber kann als solche gar nicht „kontingentiert“ werden, denn anerkannte Spätaussiedler haben einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie an der Grenze abzuweisen oder draußen in eine Warteschlange zu delegieren, wäre Verfassungsbruch. Man kann nur indirekt einwirken, besonders durch die administrative Verzögerung und damit Drosselung der Zahl der jährlichen „Aufnahmebescheide“, also jener Anerkennungen, die die offiziellen Eintrittskarten nach Deutschland sind – oder sein sollten; denn viele Antragsteller reisen ohne diese Eintrittskarten „zu Besuch“ bei vorausgewanderten Verwandten ein und warten dort auf ihre Aufnahmebescheide. Andere – mehr als 100 000 sollen es schon sein – beantragen ihre Aufnahmebescheide nur sicherheitshalber, ohne einzureisen, wodurch ein Rückstau entsteht, der bei Krisen in den Ausgangsräumen zu einigen Überraschungen an den deutschen Grenzen führen könnte.

Ob mit oder ohne Verfassungsänderung: An die Stelle der vielfältigen und unübersichtlichen Einzellösungen gegenüber den verschiedensten Zuwanderungsgruppen muß ein integrales Gesamtkonzept treten, das mehr Transparenz bietet, aber auch mehr Flexibilität gestattet. Gäbe es schon ein solches komplexes und flexibles Steuerungssystem, dann könnte man in der Tat im Zeichen millionenfacher Massenarbeitslosigkeit die Zuwanderung drosseln, statt die Eingliederungshilfen zu senken. Die Wirklichkeit zeigt das Gegenteil.

An Ideen und konkreten Vorschlägen fehlt es nicht. Es fehlt am Konsens zur Entscheidung. Ohne gesellschaftlichen Fundamentalkonsens aber geht in dieser Sache politisch nichts, denn Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik kann man in einer freiheitlichen Demokratie nicht gegen die einheimische Mehrheit machen. Man muß deshalb nicht nur um das Vertrauen der zugewanderten Minderheiten, sondern auch um das der einheimischen Mehrheit werben. Für politische Überzeugungsarbeit aber braucht man überzeugende politische Konzepte. Daran fehlt es nach wie vor.

*Professor Klaus J. Bade ist Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.*